

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
11.12.2008, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender und 1. stellv. Bürgermeister:	Karl-Heinz Funke
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Christine Lampe
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
2. stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Karin Agostini
	Karlheinz Bäker
	Reinhard Berndt
	Rudolf Böcker
	Karin Boomhuis
	Jürgen Bruns
	Ludwig Bunjes
	Gerald Chmielewski
	Iko Chmielewski
	Ilonka Etzold
	Jost Etzold
	Jens-Olaf Fianke
	Walter Heidenreich
	Susanne Herbst
	Erich Hillebrand
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Kurt Klose
	Bernd Köhler
	Ingo Langer
	Walter Langer
	Alfred Müller
	Hans-Hermann Niebuhr
	Peter Nieraad
	Georg Ralle
	Jürgen Rathkamp
	Bernd Redeker
	Claudia Rohlf
	Steffen Schwärmer
	Peter Tischer
	Dorothea Weikert
	Herbert Zeidler
von der Verwaltung:	Rainer Adler
	Heinz Behrens
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Ingrid Köhler
	Jörg Kreikenbohm
	Rainer Rädicker
	Antje Schönborn

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 25.09.2008**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Ehrungen (40jährige Ratszugehörigkeit von Erich Hillebrand und Peter Tischer; 35jährige Ratszugehörigkeit von Karlheinz Bäker)**
- 5 **Neubesetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz (§ 51 Abs. 9 NGO); hier: Abberufung des Stellv. Ausschussmitgliedes Steffen Schwärmer und Ersatz durch das Ratsmitglied Jörn Kickler**
- 6 **Abberufung des Herrn Werner Bloch als Vertreter der Handwerkerschaft in den Handwerkerausschuss für die Meischenstiftung und Berufung eines neuen Vertreters der Handwerkerschaft**
- 7 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 7.1 **Verwaltungsausschuss am 09.10.2008**
Kein Tagesordnungspunkt
 - 7.2 **Verwaltungsausschuss am 30.10.2008**
Kein Tagesordnungspunkt
 - 7.3 **Verwaltungsausschuss am 13.11.2008**
Schulausschuss am 27.10.2008
 - 7.3.1 Antrag der Grundschule Hafenschule auf Beantragung zur Errichtung einer offenen Ganztagschule für das Schuljahr 2009/10 bei der Landesschulbehörde
Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 05.11.2008
 - 7.3.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2007; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Verwendung des Jahresgewinns
 - 7.4 **Verwaltungsausschuss am 04.12.2008**
Straßen- und Verkehrsausschuss am 10.11.2008
 - 7.4.1 Fällen von Bäumen; hier: Antrag der MMW auf Führung einer Grundsatzdiskussion
Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 11.11.2008
 - 7.4.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 (nördlich Moorhausener Weg)
 - 7.4.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 (Bereich Stralsunder Str.)
Bauausschuss am 25.11.2008
 - 7.4.4 Energetische Sanierung und Modernisierung des Hallenbades Varel
Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 26.11.2008
 - 7.4.5 Neufassung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2009
 - 7.5 **Verwaltungsausschuss am 11.12.2008**

Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 26.11.2008

- 7.5.1 Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Rat der Stadt Varel zu der Beratung des Haushaltes 2009
- 7.5.2 Zwölftes Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 7.5.3 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 - 2012
- 7.5.4 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 01.12.2008

- 7.5.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2009
- 7.5.6 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2007
- 7.5.7 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Veränderung der Kurbeitragssatzung zum 01.01.2009
- 7.5.8 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Beschluss über die Kurbeitragskalkulation für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009
- 7.5.9 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Festsetzung der Kurbeiträge für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009

Anträge an den Rat

- 7.5.10 2. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalls an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder
hier: Aufwandsentschädigung für die Teilnahme am elektronischen Versand

8 Mitteilungen des Bürgermeisters**9 Behandlung von Anfragen und Anregungen****Protokoll:****Öffentlicher Teil****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Funke eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 25.09.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel am 25.09.2008 wird einstimmig genehmigt.

3 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde hat mangels Fragen nicht stattgefunden.

4 **Ehrungen (40jährige Ratszugehörigkeit von Erich Hillebrand und Peter Tischer; 35jährige Ratszugehörigkeit von Karlheinz Bäker)**

Ratsvorsitzender Funke erklärt, dass die Ratsherren Erich Hillebrand und Peter Tischer jeweils 40 Jahre und Ratsherr Karlheinz Bäker 35 Jahre dem Rat der Stadt Varel angehören. Er überreicht ihnen eine entsprechende Ehrenurkunde der Stadt Varel nachdem er ihre Verdienste um das Wohl der Stadt Varel gewürdigt und ihnen namens des Rates der Stadt Varel Dank und Anerkennung ausgesprochen hat. Außerdem werden Blumen und Geldgeschenke übergeben.

5 **Neubesetzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz (§ 51 Abs. 9 NGO); hier: Abberufung des Stellv. Ausschussmitgliedes Steffen Schwärmer und Ersatz durch das Ratsmitglied Jörn Kickler**

Die Fraktion MMW möchte bei der Vertreterregelung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz eine Änderung vornehmen. Für Herrn Steffen Schwärmer soll nunmehr Herr Jörn Kickler als Vertreter in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz benannt werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz wird gem. § 51 Abs. 9 Satz 3 Ziffer 1 dementsprechend neu besetzt.

6 **Abberufung des Herrn Werner Bloch als Vertreter der Handwerkerschaft in den Handwerkerausschuss für die Meischenstiftung und Berufung eines neuen Vertreters der Handwerkerschaft**

Herr Werner Bloch verzichtet aus gesundheitlichen Gründen auf seine Mitgliedschaft im Handwerkerausschuss der Meischenstiftung. Er ist berufen als Vertreter der Handwerkerschaft und hat sich über seine Mitarbeit im Ausschuss um die Belange der Meischenstiftung verdient gemacht. Dafür wird ihm Dank ausgesprochen.

Herr Töben, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, schlägt als Nachfolger Herrn Rainer Padtberg, Friedrich-Ebert-Str. 56, 26316 Varel vor.

Beschluss:

Herr Werner Bloch wird als Vertreter der Handwerkerschaft in den Handwerkerausschuss für die Meischenstiftung abberufen. Herr Rainer Padtberg wird als neuer Vertreter der Handwerkerschaft in den Handwerkerausschuss für die Meischenstiftung berufen.

Einstimmiger Beschluss

7 Berichte und Anträge der Ausschüsse

7.1 Verwaltungsausschuss am 09.10.2008

Kein Tagesordnungspunkt

7.2 Verwaltungsausschuss am 30.10.2008

Kein Tagesordnungspunkt

7.3 Verwaltungsausschuss am 13.11.2008

Schulausschuss am 27.10.2008

7.3.1 Antrag der Grundschule Hafenschule auf Beantragung zur Errichtung einer offenen Ganztagschule für das Schuljahr 2009/10 bei der Landesschulbehörde

Die SPD-Fraktion befürwortet grundsätzlich den Antrag der Hafenschule, es besteht aber im Hinblick auf die sieben weiteren Grundschulen Beratungsbedarf.

Die FDP-Fraktion wird der Verschiebung nicht zustimmen. Sie begrüßen das große Engagement der Eltern- und Lehrerschaft an der Hafenschule. Sie hoffen jetzt auf eine zügige Erarbeitung des Schulstrukturkonzeptes, denn die Schulen, die sich entwickeln möchten, brauchen feste Rahmenbedingungen, um innerhalb dieser Rahmenbedingungen ihre Stärken heraus zu erarbeiten.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion muss die Diskussion um die Schulstandorte voran gestellt werden. Dieser Antrag zieht Konsequenzen für alle Grundschulen nach sich, da es unumstößlich gewesen wäre, für die Hafenschule dann den Schuleinzugsbereich aufzuheben. Das würde die Folge haben, dass die Klassenstärke an der Hafenschule auf 28 Schüler anwächst und bei Anmeldungen über diese Zahl ein Losverfahren notwendig gewesen wäre. Das Abwandern zur Hafenschule hätte wiederum Auswirkungen auf die Klassenstärken der anderen Grundschulen. Darüber hinaus müsste bei diesem Thema auch das Thema Hortplätze berücksichtigt werden. Die CDU-Fraktion spricht sich für eine Weiterentwicklung des Schulwesens aus. Es sollte auf eine volle Ganztagsgrundschule, mit entsprechender Lehrerausstattung, hingewirkt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält diesen Antrag für einen Schritt in die richtige Richtung und hätte diesem gerne zugestimmt. Positiv wird zur Kenntnis genommen, dass hier ein Pädagogen team versucht im Rahmen der Möglichkeiten, eigenverantwortlich die Qualität der Schule und der Betreuung zu verbessern. Rats herr W. Langer hält es für nötig, dass über die Schulstandorte nachgedacht wird, da die Schülerzahlen zurück gehen.

Rats herr I. Chmielewski hält die offene Ganztagschule für eine Mogelpackung ohne pädagogischen Nährwert. Pädagogisch wertvolle Stunden sind nur mit mehr Lehrerstunden zu erzielen. Bei der offenen Ganztagschule werden Pädagogenstunden abgezogen, damit diese sich mit der Organisation von Betreuungszeiten

beschäftigen können. Zunächst hat die Fraktion MMW den Antrag der Hafenschule zugestimmt, da die Dramatik um die Auflösung der Schulbezirke noch nicht bekannt war. Jetzt stimmen sie einer Verschiebung der Entscheidung zu, um die Auswirkungen auf die anderen Schulen zu klären. Parallel dazu fordert Ratsherr I. Chmielewski eine Resolution an das Land zu senden, in der eine verpflichtende Ganztagschule mit entsprechender Finanzierung gefordert wird. Dieses Thema sollte nochmals im Verwaltungsausschuss behandelt werden.

Ratsfrau Schneider weist darauf hin, dass die Verwaltung beauftragt wurde ein Schulentwicklungskonzept zu erstellen. Sie würde sich auch für nachmittags einen pädagogischen Unterricht wünschen, der von Lehrkräften erteilt wird, dieses ist aber zur Zeit leider nicht möglich.

Beschluss:

Der Antrag der Grundschule Hafenschule auf Beantragung zur Errichtung einer offenen Ganztagschule für das Schuljahr 2009/2010 bei Beibehaltung der Einzigkeit wird zurückgestellt.

Eine Informationsveranstaltung über Ganztagsgrundschulen und Betreuungsmöglichkeiten wird eingefordert.

Anhand der Auswertung wird ein Gesamtkonzept für die Grundschulen im Bereich der Stadt Varel erstellt.

**Ja: 30 Nein: 7
damit mehrheitlicher Beschluss**

Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 05.11.2008

7.3.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2007; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Verwendung des Jahresgewinns

Ratsherr Tischer regt an, einen kurzfristigen Verlust, vergleichbar wie bei einem Gewinn, auf Rechnung vorzutragen und nicht durch die Stadt auszugleichen.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2007 wird festgestellt. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresgewinn per 31.12.2007 in Höhe von 28.916,70 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmiger Beschluss

7.4 Verwaltungsausschuss am 04.12.2008

Straßen- und Verkehrsausschuss am 10.11.2008

7.4.1 Fällen von Bäumen; hier: Antrag der MMW auf Führung einer Grundsatzdiskussion

Die Fraktion MMW weist darauf hin, dass sie diesen Antrag gestellt hat, als sich abzeichnete, dass die Birken in Büppel gefällt werden sollten. Nach Auffassung ihrer Fraktion gab es keine vernünftige Argumentation für das Fällen dieser Bäume. Es sollte daher grundsätzlich festgelegt werden, welche Gründe es geben kann, um gesunde Bäume zu fällen. Wobei aus ihrer Sicht der Bürgerwille, womit die SPD es begründet hat, nicht als alleiniger Grund ausreicht. Ein Grund wäre z. B. die Verkehrsgefährdung durch Bäume. In diesem Fall ist es aber nicht Aufgabe der Politik, sich mit dem Thema zu beschäftigen.

Sollte wieder ein derartiger Antrag auf Fällen von Bäumen gestellt werden, ist es aus Sicht des Rats Herrn Hinz erforderlich, dass vor einer Zustimmung sehr gute Gründe vorliegen und diese dem Bürger auch vermittelt werden können. Er vertritt die Meinung, dass ein Baum nur gefällt werden darf, wenn er eine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Das kann seiner Ansicht nach auch die Pollenallergie sein, wenn der Baum direkt vor dem Haus eines starken Pollenallergikers steht. Er bedauert, dass es für Varel keine allgemein gültige Baumschutzsatzung gibt.

Aus Sicht des Rats Herrn Tischer liegt es in der Verantwortung der Verwaltung über das Fällen von einzelnen Straßenbäumen zu entscheiden. Er vertraut diesbezüglich auf die taktvolle Entscheidung der Verwaltung. Das Thema Baumschutzsatzung wurde bereits in der Vergangenheit durchdacht. Es hat die fatale Wirkung, dass Bäume, die kurz bevor sie den vorgeschriebenen Umfang erreichen, gefällt werden. Er vertraut da lieber auf den gesunden Menschenverstand der Bürger.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 11.11.2008

7.4.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 (nördlich Moorhausener Weg)

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch (BauGB) wird die Durchführung des Verfahrens zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58 beschlossen. Der Änderungsbereich ist dem der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz als Anlage beigefügten Lageplan zu entnehmen. Das Verfahren ist als beschleunigtes Planverfahren gem. § 13a BauGB durchzuführen. Die Planung ist dem Antragsteller durch städtebaulichen Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss

7.4.3 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 (Bereich Stralsunder Str.)

Aus Sicht der Fraktion MMW besteht hier eine rechtlich nicht ganz geklärte Situation. Es wurde der Antrag gestellt, dieses zu ändern. Da die Stadt Varel auf den Fremdenverkehr ausgerichtet ist, sollte sie auch die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen und den Bebauungsplan so ändern, dass die Ferienwohnungen

bleiben können. Die Fraktion MMW wird dem Antrag zustimmen.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass die rechtliche Lage durch den Bebauungsplan klar definiert ist. Sollte er in diesem Fall geändert werden, müsste dieses auch im gesamten Stadtgebiet geschehen. Dieses lehnt die SPD-Fraktion ab. Es ist in den Bebauungsplänen klar definiert, wo in Varel Ferienwohnungen angesiedelt werden sollen.

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 BauGB wird die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 beschlossen. Der Geltungsbereich der Änderung entspricht dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 60. Die Planung ist dem Antragsteller durch städtebaulichen Vertrag zu übertragen.

**Ja: 6 Nein: 31
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

Bauausschuss am 25.11.2008

7.4.4 Energetische Sanierung und Modernisierung des Hallenbades Varel

Beschluss:

Der energetischen Sanierung und Modernisierung des Hallenbades Varel wird auf der Grundlage des vorgelegten Sanierungskonzeptes vom 24.1.2007, ergänzt durch Angaben im Rahmen der Bedarfsanmeldung vom 28.7.2008 zugestimmt. Voraussetzung ist die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Investitionspaketes 2008.

Es besteht der Wille, das Hallenbad nach erfolgter Sanierung dauerhaft weiter zu nutzen.

Einstimmiger Beschluss

Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 26.11.2008

7.4.5 Neufassung der Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2009

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Varel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer wird in der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses als Anlage vorliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

7.5 Verwaltungsausschuss am 11.12.2008

Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 26.11.2008

7.5.1 Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Rat der Stadt Varel zu der Beratung des Haushaltes 2009

Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 7.5.1 - 7.5.4:

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass die Haushaltssituation weiterhin schwierig ist. Trotz leicht steigender Gewerbesteuereinnahmen ist ein strukturelles Defizit in Höhe von 1,7 Mio. € vorhanden. Das kumulierte Defizit im Verwaltungshaushalt wird auf über 16,7 Mio. € ansteigen. Die Ursachen für das Defizit sind vielfältig.

Da Dangast mit 1,2 Mio. € einen großen Teil des Defizits ausmacht, muss das Problem Dangast nach Ansicht der SPD-Fraktion in 2009 angegangen und gelöst werden. In der Wirtschaftsförderung wurden harte Einschnitte im Bereich der Varel-Touristik vorgenommen, mehr Einsparungen in diesem Bereich wären ein fatales Zeichen in dieser Zeit. Das Defizit des Altenheimes in Höhe von ca. 100.000 € wird voraussichtlich nur vorübergehend sein. Darüber hinaus gibt es tarifbedingt ca. eine halbe Mio. € Mehrausgaben im Personalhaushalt. Der Zuschuss an die Kindergärten wird um 300.000 € erhöht, das Hallenbad und das Freibad werden insgesamt mit 420.000 € und die Bücherei mit ca. 120.000 € bezuschusst. Die Kreisumlage wurde gegenüber dem Vorjahr um ca. 550.000 € erhöht.

Trotzdem konnten viele Dinge für die Varelener Bürger erhalten bleiben, darunter z. B. insgesamt 3,1 Mio. € für den Ferienpass, die Jugendarbeit, die Kindergärten und die Schulen. Die SPD-Fraktion spricht sich in diesem Zusammenhang für einen Erhalt der Qualität an den Varelener Schulen aus. Ratsherr Müller bedauert, dass es notwendig ist die Gewerbesteuer A und B zu erhöhen.

Die SPD-Fraktion vermisste im Rahmen der Haushaltsberatungen Vorschläge der Opposition und würde sich einem Gespräch nicht verschließen.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass der Seniorenpass durch die Stimmen der Opposition dieses Jahr gegen einen Betrag von 10 € ausgegeben wird. Dieser Betrag geht aber nicht in die Haushaltskonsolidierung, sondern soll für eine zusätzliche Seniorenarbeit eingesetzt werden, die zurzeit noch nicht einmal im Ansatz vorhanden ist. In diesem Zusammenhang stellt die SPD-Fraktion den Antrag, dass den Empfängern des Seniorenpasses eine Quittung ausgehändigt wird, mit der sie am 01.07.2009 die 10 € erstattet bekommen, wenn zu diesem Zeitpunkt kein Konzept für eine Seniorenarbeit vorliegt.

Eine Ursache für das strukturelle Defizit sieht Ratsherr Müller darin, dass praktisch über Nacht ein großer Teil der Gewerbesteuereinnahmen weg gebrochen ist. Es müssen daher langfristig neue Einnahmemöglichkeiten geschaffen werden. Aus diesem Grund wurde der Wirtschaftsförderfonds aufgestellt, um Varelener Betriebe zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern. Die Stadtsanierung wird fortgeführt. Die Stadt investiert in diesen Bereich ca. 300.000 €, damit ca. 880.000 € in die Wirtschaft fließen können.

Große Investitionen bei den Feuerwehren sind zur Sicherheit der Feuerwehrleute notwendig. Es wird nicht bei den Vereinen und nicht bei den freiwilligen Leistungen gestrichen. Abschließend verweist Ratsherr Müller auf eine gesunkene Pro-Kopf-Verschuldung. Die SPD hat seiner Ansicht nach einen sehr schlanken Haushalt vorgelegt, der trotzdem genügend Mittel für notwendige Investitionen enthält.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Situation sehr ernst. Ratsherr Tischer findet es bemerkenswert, dass die SPD sich mit Sparvorschlägen der Opposition auseinandersetzen wollen und vermisste diese Bereitschaft in der Vergangenheit. Aus sei-

ner Sicht ist die Stadt Varel hoffnungslos verschuldet. Im Jahr 2012 wird ein Schuldenstand von ca. 23 Mio. € erreicht sein. Das Haushaltssicherungskonzept bewertet die Chancen z. B. im Bereich Dangast über. Er hält die Pro-Kopfverschuldung nicht für eine bedeutsame Messlatte, die Höhe der kurzfristigen Schulden ist wesentlich entscheidender. Die Situation verlangt von allen ein größeres Bekenntnis zum sparen, dabei sollten die Ausgaben für die Feuerwehr nochmals überdacht werden. Es ist erforderlich, dass alle sich dafür intensiv zusammensetzen. Ratsherr Tischer sieht nicht, dass die Gewerbesteuererinnahmen kurzfristig auf den alten Stand steigen.

Bei einem so hohen Defizit besteht erst dann wieder eine Chance auf eine Entschuldung, wenn ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Aus Sicht des Ratsherrn Tischer wird es nicht um Sparen um jeden Preis gehen, aber alle Strukturen müssen intensiv überprüft werden und es muss der Mut bestehen, auch Nein zu sagen. Die CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen daher anliegenden Ergänzungsantrag zum Haushalt. Sollte diesem Antrag folge geleistet werden, könnten sie dem Haushalt zustimmen. Ratsherr Tischer bittet daher darum, über diesen Antrag abzustimmen. Er ergänzt den Antrag um folgenden Satz: „Es ist ihnen wichtig diese Themen ohne Tabu und ergebnisoffen zu diskutieren. Es geht ihnen nicht um ja und nein, sondern um die Entwicklung von konkreten Einsparansätzen und Lösungen“.

Aus den Reihen der SPD-Fraktion wird bemängelt, dass der Antrag nicht bereits vor den Beratungen in den Ausschüssen vorgelegen hat. Bislang galt die Tradition, dass aufgrund der Fairness, den Fraktionen immer ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, sich mit einer Sache zu beschäftigen.

Die antragstellenden Fraktionen möchten heute über den Antrag abgestimmt haben. Ratsherr Tischer schlägt der SPD eine Sitzungsunterbrechung vor. Es werden durch den Antrag keine Zahlen im Haushalt verändert, sondern es soll nur erreicht werden, dass die finanzielle Situation der Stadt Varel ernst genommen wird.

Ratsherr W. Langer beantragt geheime Abstimmung zu diesem Punkt.

Ratsherr I. Chmielewski findet den Gedanken des Antrages nicht schlecht, hält ihn aber für zu unkonkret. Die Fraktion MMW kann diesem Antrag nicht zustimmen, da sie ansonsten dem Haushalt zustimmen müssten und der lässt aus ihrer Sicht nicht ausreichend den Sparwillen erkennen. Es wurden Gelder in Projekte gesteckt, die ihrer Ansicht nach nicht notwendig gewesen wären, z. B. den Wirtschaftsförderfonds. Durch den Betrag, der in diesen Fonds geflossen ist, hätten besser kurzfristige Schulden minimiert werden können. Es ist erforderlich, auf einen Haushalt zuzuarbeiten, der strukturell ausgeglichen ist. Dieses hätte in diesem Jahr erreicht werden können, wenn man aktiver gehandelt hätte. Ratsherr I. Chmielewski bemängelt, dass das Defizit in Dangast seit Jahren unangetastet bleibt. Er bedauert, dass sein Vorschlag, dieses im Rat zu diskutieren, abgelehnt wurde. Da viele Dinge in Dangast noch nicht geklärt sind, wird die Umsetzung des Konzeptes nach seiner Meinung noch Jahre dauern.

Die Fraktion MMW hat konkrete Einsparvorschläge eingereicht, z. B. das über energetische Einsparungen langfristig eine Entlastung des Haushaltes erzielt werden könnte. Sie lehnen den Haushalt ab, da sie Taten der Mehrheitsfraktion vermissen.

Ratsherr Hillebrand weist darauf hin, dass in der Finanzausschusssitzung durch Herrn Tischer gesagt wurde, dass das Problem aus eigener Kraft, ohne Hilfe des Landes und des Kreises, nicht mehr gelöst werden kann. Daher versteht er die jetzige Hektik nicht. Die Kommunalfinanzierung steht auf vollkommen falschen Füßen und ist so in der Zukunft nicht mehr tragbar. Seit Jahren ist das bekannt, aber es wird nichts geändert. Es sollte daher nicht nur auf das Zahlenwerk geschaut werden, sondern auch auf die Rahmenbedingungen, unter denen gearbeitet wird.

Ratsfrau Etzold weist darauf hin, dass Einsparungen beginnen müssen, wenn der Haushalt aufgestellt ist. Dann müssen Konzepte entwickelt werden, die dann im nächsten oder übernächsten Haushaltsjahr zum tragen kommen. In diesem Sinne ist auch ihr Ergänzungsantrag zu verstehen. Sie wollen heute Problembereiche definieren, in denen sie Einsparmöglichkeiten sehen. Wobei weitere Vorschläge willkommen sind.

Ratsherr W. Langer ist überrascht, dass Ratsherr Müller befürchtet, dass bis zum Juli 2009 kein Konzept für eine Seniorenarbeit vorgelegt werden kann. Es gab seines Erachtens in den letzten Jahren sehr viele Vorschläge zur Seniorenarbeit, aus denen könnte kurzfristig ein Konzept erarbeitet werden. Im Bereich Wirtschaftsförderung bittet er darum, der Windenergie unvoreingenommener gegenüber zu treten. Insgesamt plädiert er für einen ernsthaften Dialog und hofft, dass der Haushalt mit dem Ergänzungsantrag auf den Weg gebracht werden kann.

Ratsherr Müller beantragt eine Unterbrechung der Sitzung zur Beratung von 10 Minuten.

Ratsherr Etzold ist erfreut, dass der Haushalt bereits im Dezember des Vorjahres vorliegt und hält den kurzfristigen Ergänzungsantrag für gut. Aus seiner Sicht wird die drohende Wirtschaftskrise weitere Steuerverluste bringen. Vor diesem Hintergrund ist das vorliegende Haushaltssicherungskonzept zu kurz gegriffen. Die FDP-Fraktion bittet alle, darüber in den nächsten 6 Monaten ergebnisoffen zu diskutieren, gemeinsam über alle schlimmen Themen zu reden und zu schauen welche Handlungsansätze es gibt.

Die Sitzung des Rates wird für die Zeit von 20:50 bis 21.10 Uhr zur Beratung unterbrochen.

Anschließend schlägt die SPD-Fraktion vor, den letzten Satz des Ergänzungsantrages wie folgt zu ändern:

„Unter der Voraussetzung dass diese Inhalte ernsthaft in das Haushaltssicherungskonzept eingearbeitet werden, sind wir bereit, dem Haushalt 2009 zuzustimmen“. Dann kann die SPD dem Ergänzungsantrag zustimmen.

Ratsherr W. Langer nimmt den Antrag auf geheime Abstimmung zurück.

Beschluss:

Dem anliegenden Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit der Änderung zugestimmt, dass der letzte Satz lautet: „Unter der Voraussetzung, dass diese Inhalte ernsthaft in das Haushaltssicherungskonzept eingearbeitet werden, wird dem Haushalt 2009 zugestimmt.“

**Ja: 33 Nein: 4
damit mehrheitlicher Beschluss**

7.5.2 Zwölftes Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel

Aussprache siehe TOP 7.5.1.

Beschluss:

Das Zwölfte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses anliegenden

Fassung unter Berücksichtigung des Antrages der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.12.2008 beschlossen.

Ja: 33 Nein: 4
damit mehrheitlicher Beschluss

7.5.3 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 - 2012

Aussprache siehe TOP 7.5.1.

Beschluss:

Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2008 – 2012 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses anliegenden Fassung festgesetzt.

Der ebenfalls anliegende Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

7.5.4 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass die Inhalte des Ergänzungsantrages im Haushalt 2009 Berücksichtigung finden.

Ansonsten Aussprache siehe TOP 7.5.1.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 wird in der im Verwaltungsausschusses vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung des Antrages der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.12.2008 beschlossen.

Ja: 33 Nein: 4
damit mehrheitlicher Beschluss

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 01.12.2008

7.5.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2009

Beschluss:

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2009 wird zugestimmt.

Ja: 35 Nein: 1 Enthaltungen: 1
damit mehrheitlicher Beschluss

Anmerkung:

Der Wirtschaftsplan wird einvernehmlich für vorläufig erklärt.

7.5.6 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2007**Beschluss:**

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast zum 31.12.2007 wird aufgrund des § 113 NGO und nach Maßgabe des § 30 Eigenbetriebsverordnung wie folgt festgestellt:

a)	in der Gesamtbilanz auf der	
	Aktiv- und Passivseite mit je	9.159.556,53 €
b)	in der Gewinn- und Verlustrechnung	
	auf der Aufwandsseite mit	3.305.759,59 €
	auf der Ertragsseite mit	1.710.380,11 €
	und einem Jahresverlust in Höhe von	1.595.379,48 €

Der Jahresverlust 2007 in Höhe von 1.595.379,48 € wird dem Werkshaushalt des Eigenbetriebes aus dem Haushalt der Stadt Varel erstattet. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Für die Erstattung des Jahresverlustes 2007 sind bisher 1.329.000 € (Haushaltsjahr 2007) bereit gestellt worden. Für den Differenzbetrag von 266.379,48 € stehen haushaltsrechtlich nur noch 94,14 € zur Verfügung. Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 266.285,34 € zur Hhst. 8650.715100.3 des Haushaltsjahres 2008 wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss**7.5.7 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Veränderung der Kurbeitragssatzung zum 01.01.2009****Beschluss:**

Der der Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast als Anlage 2 beigefügten Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages (Kurbeitragssatzung) wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss**7.5.8 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Beschluss über die Kurbeitragskalkulation für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009****Beschluss:**

Der der Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast als Anlage 3 beigefügten Kurbeitragskalkulati-

on für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

7.5.9 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Festsetzung der Kurbeiträge für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009

Beschluss:

Die Kurbeiträge werden für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 in gegenüber dem Vorjahr unveränderter Höhe festgesetzt.

Einstimmiger Beschluss

Anträge an den Rat

7.5.10 2. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalls an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder hier: Aufwandsentschädigung für die Teilnahme am elektronischen Versand

Beschluss:

Ratsmitglieder, die am elektronischen Versand teilnehmen, erhalten eine monatliche Entschädigung von 15,00 € für die Nutzung des Ratsinformationssystems. Mit der Zahlung dieser Aufwandsentschädigung sind sowohl die Druck- als auch die Kommunikationskosten (Internetkosten) abgegolten.

Alternativ zur monatlichen Zahlung kann die Aufwandsentschädigung für die Teilnahme am elektronischen Versand auf Antrag jeweils für den Zeitraum bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode als Einmalzahlung gezahlt werden. Bei vorzeitigem Ausscheiden des Ratsmitgliedes oder Ruhen der Ratsmitgliedschaft (§ 38 NGO) ist der Betrag anteilig zu erstatten.

Die Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalles an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder wird entsprechend dem anliegendem Entwurf geändert.

Einstimmiger Beschluss

8 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner gibt einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2008 und sieht das kommende Jahr 2009 als das Jahr der Startschüsse. Er bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für die aktive Mithilfe, bei der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung und bei allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement. Er wünscht Allen eine schöne Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

9 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 21:30 Uhr schließt Ratsvorsitzender Funke die öffentliche Sitzung und wünscht Allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Zur Beglaubigung:

gez. Karl-Heinz Funke
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)